

Deutschlandpolitik aktuell • Deutschlandpolitik aktuell • Deutschlandpolitik aktuell • Deutschlandpolitik aktuell • Deutschlandpolitik

Bei der Diskussion über die Formen der Vereinigung beider deutscher Staaten wird übersehen, daß im Falle einer Übernahme des Grundgesetzes nach Artikel 23...

beiden Teilen Deutschlands und be- wege niemanden in der DDR, seien Koffer wieder auszupacken. Es habe sich gezeigt, so Necker, daß man neuen Wein nicht in alte Schläuche füllen könne.

Wer verantwortet ein weiteres Ausbluten?

Weise der Weg der DDR in die Europäische Gemeinschaft außerordentlich beschleunigt werden.

Nach Angaben des BDI-Präsidenten handelt es sich hierbei um einen Verbund der beiden Rechtsordnungen, der in eine vollständige Rechtseinheit mündet.

Eine Alternative zum Verbund über Artikel 23 sei die Ausarbeitung einer neuen deutschen Verfassung.

Necker warnte davor, den Zeitfaktor zu übersehen und fragte: „Wieviel Zeit hat die DDR?“

wirtschaftsgesetz. Die Arbeitnehmer seien 40 Jahre von der Staatsverwaltung FGB bevormundet worden.

Nicht nur die Bevölkerung der DDR, sondern auch die westdeutsche Wirtschaft wolle sich nicht an neuen gesellschaftspolitischen Experimenten beteiligen.

Das Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland habe bewiesen, daß es eine freie und soziale Marktwirtschaft garantieren könne.



Und so sieht es Springers „Welt“...

Repros: R. Müller

Ulanski sprach der Regierende Bürgermeister von Berlin (West), Walter Momper, an der KMU im Rahmen der wissenschaftlichen Vortragsreihe des Interdisziplinären Arbeitskreises Friedensforschung...

Walter Momper stellte die Position der SPD zum Prozess der Einigung Berlins, Deutschlands und Europas vor.

Einheitswunsch sei weniger national motiviert

Er bestätigte die Anerkennung der Oder-Neiße-Linie und forderte ein System der Sicherheit in Europa, das auf freier Zustimmung freier Völker beruht.

Für den Einigungsprozess sieht Walter Momper den Artikel 23 des Grundgesetzes, wobei er eine Veränderung und Ergänzung des Grundgesetzes nach Artikel 146 nicht ausschließt.

So nannte er z. B. den Umweltschutz, das Gleichstellungsgebot der Frauen, das Grundrecht auf angemessene Wohnung...

verfassung sei geboten. Für den Beitritt gemäß Artikel 23 des Grundgesetzes sei die Entscheidung der Volksvertretung der DDR notwendig.

Für die Übergangszeit der Vereinigung beider deutscher Staaten und der Schaffung einer europäischen Friedensordnung wiederholte er seinen Vorschlag...

traliät Deutschlands lehnte er ab, weil die Einbettung Deutschlands in internationale politische und militärische Systeme aus historischer Erfahrung notwendig sei.

Eine Konferenz, noch in diesem Jahr, in Berlin, könnte die Verhandlungen der beiden deutschen Staaten und der vier Mächte auf europäischer Ebene abschließen.

Dr. BERND ARIS

Gedanken zum Studium generale

vor, und die Sektion Afrika- und Nahwissenschaften bietet eine Ringvorlesung für zwei Semester über die - im öffentlichen Bewußtsein weitgehend vernachlässigten - aktuellen Probleme der Dritten Welt an.

Ubergewicht der philosophischen und wirtschaftswissenschaftlichen Disziplinen bleiben, die das alte Grundlagenstudium bestimmten.

wägen, ob die wachsende Zahl von Vortrags- und Vorlesungsangeboten von Wissenschaftlern aus der Bundesrepublik und dem Ausland nicht auch unter dem Gesichtspunkt zu prüfen wäre, daß sie dem Studium generale zuzugewinnen.

ler Fakultäten verständlich über die dringendsten Fragen der Menschheit zu sprechen, über die Rolle des Naturwissenschaftlers in der Gegenwart und die Notwendigkeit verantwortlichen Denkens und Handelns jedes einzelnen?

Ich schlage vor:

Jede von den etwa 25 Sektionen und selbständigen wissenschaftlichen Institutionen unserer Universität, Philosophie und Wirtschaftswissenschaften selbstverständlich eingeschlossen, erarbeitet ein Angebot für zwei Jahre des Studiums generale mit jeweils einer Hauptvorlesung pro Semester...

Prof. Dr. ELKE BLUMENTHAL, Sektion ANW

Das marxistisch-leninistische Grundlagenstudium ist tot - und das ist gut so. Kaum jemand wird ihm eine Träne nachweinen, am wenigsten die Rezipienten.

Stattdessen gibt es ein Studium generale, das - wie der Idee nach auch das alte Grundlagenstudium - den Studenten Allgemeinbildung und Orientierung in weitestmöglichen Fragen vermittelt.

Soweit das Ideal. Wie aber sieht die Praxis aus?

In UZ 43 vom 28. 1. 1990 ist ein Angebot zu dem Studium generale für das Studienjahr 1990/91 veröffentlicht worden, das etwa 40 Vorlesungen und Kurse von jeweils 15 oder 30 Stunden pro Semester umfaßt.

studium finden sich darunter. Die Thematik ist weit gefächert und in vielen Fällen fachspezifisch orientiert, aber es besteht kein Zweifel: Das Programm richtet sich in Geist und Buchstaben nach dem Grundsatz, der ihm vorangestellt ist.

Im Vorspann zu dem Themenkatalog wird darauf hingewiesen, daß die Studenten außerdem auch Vorlesungsangebote anderer Sektionen wahrnehmen können, die aus Platzgründen nicht abgedruckt worden sind.

Leninismus - Stalinismus - Faschismus, umstrittene Gestalten der Arbeiterbewegung, Perestrojka und - Geschichte Sachsens.

Alles in allem: Ein reiches, ein überreiches Menü, und nach Mitteilung der UZ gehen immer neue Vorschläge dazu ein.

1. Darf es bei dem massiven

chem Recht meinen die Vertreter dieser Konzepte, unseren Studenten weiterhin maßgebende geistige und ethische Orientierung geben zu können.

Es ist freilich nicht zu erwarten, daß nach 40 Jahren von dieser Partei gesteuerter Hochschulpolitik sofort ausreichend Lehrkräfte vorhanden sind.

Wir werden uns vorerst kaum mehr als einen Gastprofessor vom Range Kurt Biedenkopfs leisten können, sollten aber er-